

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Pferrmann
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Bödefstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 6900. — Postfachkonto Stuttgart 6902.

Anzeigengebühr
für die sechsheftige Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Ernährungsverhältnisse in Deutschland

Das diesjährige Weihnachtsfest steht unter demselben unglücklichen Stern, wie das der letzten fünf Jahre. Für breite Schichten der Bevölkerung werden Rot und Entbehrungen sich als Gäste am Weihnachtstisch niederlassen. Und so werden alle Hoffnungen der hungernden Volksmasse sich zu Weihnachten in dem sehnlichsten Wunsche konzentrieren: nur wieder einmal gründlich satt essen. Manche Mutter wird am Weihnachtsabend tränenden Auges auf ihre hohlwangigen Kinder blicken und gern würde sie an Stelle des ärmtlichen Spielzeuges ihren Kindern einen kräftigen Schweinebraten servieren. So wird am Weihnachtstage der millionenhafte Wunsch entbrennen: Wann tritt eine dauernde Verbesserung der Lebensverhältnisse ein? Und doch steht es gerade in diesem Jahre sehr traurig aus.

Die jüngste Debatte im Reichstag über die Ernährungsfrage hat so recht den ganzen Jammer hervorgerufen lassen.

Die Versorgung des deutschen Volkes mit Getreide deutscher Herkunft wird in diesem Jahre noch unzureichender als in dem vergangenen sein. Nach Mitteilungen des Reichsernährungsministers Hermes beträgt der Ertrag der diesjährigen Ernte nur 7 Millionen Tonnen gegen 8,5 Millionen im Vorjahre. Wenn man bedenkt, daß selbst die vorjährige Ernte nicht im entferntesten ausreichte, um das Volk zu ernähren, so kann man sich vorstellen, welche Mengen in diesem Erntejahr zur Sicherstellung der Ernährung herangeschafft werden müssen. Im Jahre 1920 sind bis Anfang Dezember für sechs Milliarden ausländisches Getreide angekauft und die Kosten des in diesem Erntejahr noch benötigten Restes werden auf neun Milliarden geschätzt. Selbstverständlich würde das aus Auslandsgetreide hergestellte Brot sehr teuer sein, es würde sich ungefähr in Berlin auf 15,25 Mk. stellen gegen den jetzigen Preis von 4,50 Mk. Das Reich muß also, soll der Brotpreis in der bisherigen Höhe bestehen bleiben, gewaltige Mittel zur Verbilligung der Lebensmittel bereit stellen. Der Defizitwirtschaft in der Reichskasse wird hierdurch in großem Maße Vorschub geleistet.

Die deutsche Landwirtschaft hat auch in diesem Jahre vollständig versagt. Wie der Reichsernährungsminister mitteilt, sind bisher aus dem ganzen Ernteertrag nur 288.000 Tonnen zur Ablieferung gekommen, gegenüber dem Vorjahre ein großes Minus, wo in dieser Zeit schon 1.116.000 Tonnen abgeliefert wurden.

Hiermit berühren wir ein sehr dunkles Kapitel. Wie äußerst mangelhaft die Getreideablieferungen der Landwirte gegenüber dem Jahre 1918 sind, wo sie ebenfalls schon nicht sehr rosig waren, zeigt folgende kleine Zusammenstellung. Abgeliefert wurden:

	bis 25. Nov. insgesamt		vom 1. bis 25. Nov. täglich	
	Woggen	Weizen	Woggen	Weizen
1918	30580000	8540000	131790	70062
1920	7820000	5020000	34900	25788

Wer die Verhältnisse auf dem Lande kennt, dem wird die faumselige Ablieferung nicht überraschend kommen. (In der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 40 hatten wir schon einiges über dieses Gebiet gesagt.) Durch die durchlöcherter Zwangswirtschaft ist den Landwirten mehr als bisher die Möglichkeit gegeben, ungeheure Gewinne zu erzielen. Die Verfütterung des Brotgetreides hat seit Beseitigung der öffentlichen Fleischbewirtschaftung in erschreckendem Maße zugenommen. In vielen Gegenden Deutschlands erhält der Landwirt für einen Zentner Schweinefleisch (Lebendgewicht) 1500—1700 Mark. Für schwere Mastschweine ergeben sich daher ganz erkleckliche Summen. Auch die Selbstdeckung der Landwirte mit Fleisch aller Art hat große Fortschritte gemacht. Dem Schreiber dieser Zeilen erzählte ein Landwirt, daß er in diesem Jahre beabsichtigt, fünf Schweine einzuschlachten, die einen Geldwert von 18.000 Mark hätten. Lieber gut leben, als für Reichsnotopfer usw. dem Staate das Geld in den Hals zu werfen. Ja, der Patriotismus ist eine herrliche Sache, die Hauptsache ist, daß er nichts kostet, sondern was einbringt. So gehen also gewaltige Mengen Getreide in den Futtertrog. Daß es den Arbeitern, Beamten und der großen Masse der Lohnarbeitenden Bevölkerung unmöglich ist, bei diesen Preisen Fleisch zu konsumieren, ist vollständig klar. Ganz zu schweigen von den Arbeitslosen, Kurzarbeitern, Pensionären usw.

Die Regierung ist schuld, daß diese Zustände so einreißen konnten. Anstatt dazu überzugehen und energische

Maßnahmen zur Ablieferung des Getreides zu treffen, brachte sie das zwar charakteristische, aber in seiner Wirkung fehlgeschlagene Mittel der Prämienvergütung in Anwendung. Im Laufe des vergangenen Jahres sind Prämien aller möglichen Art gezahlt worden, lediglich um die Bauern zu bewegen, ihren Pflichtlieferungen nachzukommen. So wird eine Schicht der Bevölkerung aus den Taschen der Allgemeinheit systematisch bereichert. Trotz diesen Prämien und trotz allen Ermahnungen sind die Ablieferungen relativ sehr minimal; ein großer Teil des Brotgetreides, namentlich des Weizens in Gestalt von Mehl wandert in den Schleichhandel oder wurde dem Vieh gefüttert. So war es trotz der Einfuhr im Werte von sechs Milliarden Mark unmöglich, die rationierte Brotmenge zu erhöhen. In diesem Jahre, wo die Bewirtschaftung von Fleisch und anderen Artikeln aufgehoben ist, werden die Pflichtlieferungen noch geringer ausfallen. Will die Regierung einmal ein etwas günstigeres Resultat in dieser Beziehung erzielen, dann müßte sie dazu übergehen und Zwangsmittel in Anwendung bringen. Es ist absolut nicht einzusehen, warum Zuchthäuser nur für Arbeiter und nicht auch für die Bauern da sind, die sich in solcher Weise am Volksganzen vergehen. Gegen arbeitslose oder demonstrierende Arbeiter wird die militärische Macht mit Maschinengewehren und Flammenwerfern in Bereitschaft gehalten, warum werden Zwangsmittel dieser Art nicht einmal angewandt, um dem Volke reichlicheres und billigeres Brot zu verschaffen? Nein, in Deutschland geht die Entwicklung umgekehrt; das Proletariat ist entwaflnet, während auf den Dörfern noch Waffen im Überflusse vorhanden sind.

Solange allerdings solche Menschen wie der Zentrumsmann Hermes am Ruder sind, da ist in der Besserstellung der Ernährungsfrage nichts, auch kein gar nichts zu erwarten. Wir sehen die skandalösen Vorkommnisse, die der rechtssozialistische preussische Landwirtschaftsminister Otto Braun auf dem Parteitag in Kassel und letztes im Reichstag vorbrachte, als allgemein bekannt voraus. Im Mai hat Hermes angeordnet, daß die Einfuhr von Ölen und Fetten unterbunden wird, angeblich, weil der Reichsausschuß für Öle und Fette noch 150.000 Tonnen Öl im Besitz gehabt habe. Am 1. August trat für Margarine, Öl, Fett usw. die freie Wirtschaft ein. Man überantwortete die deutsche Bevölkerung dem deutsch-holländischen Firma Jürgens & Prinsen, die unter dem Einfluß der holländischen Firma Jürgens & Prinsen steht und der die ganze Fettversorgung kontrolliert. Jetzt ist der inländische Vorrat zu Ende, es müssen wieder Öl und Fettwaren in größeren Mengen eingeführt werden. Die deutsche Baluta ist miserabel, mindestens noch mehr als einmal so schlecht als im Juni. Damals stand der Dollar auf 35, während er jetzt wieder auf 75 Mark gestiegen ist. Hätte Herr Hermes dazumal die Einfuhr nicht verboten, sondern im Gegenteil angeordnet, dann hätte das Deutsche Reich sich mit relativ billigen Fettstoffen eindecken können, wohingegen jetzt weit mehr als noch einmal so viel dafür aufgewendet werden muß. So wird das Volk geschädigt, wenn Dilettanten und einseitig Rechnung tragende Männer ein solches Ministerium in der Hand haben.

Über die Frage, auf welche Art die Landwirtschaft wirtschaftlich in die Lage versetzt werden soll, die Produktion ergiebiger zu gestalten, können wir uns wegen Raummangel hier nicht äußern. Bemerten möchten wir nur, daß wir die Meinung des preussischen Landwirtschaftsministers für durchaus richtig halten, wenn er verlangt, daß durch billigen Kunstdünger der Landwirtschaft geholfen werden muß. Nach Angabe des Reichsernährungsministers ist die deutsche Industrie jetzt soweit, in der Produktion von künstlichem Dünger Deutschland heute unabhängig zu machen. Die Erzeugung von Stickstoffdünger betrug 1918 92.000, 1919 120.000, 1920 157.000 Tonnen und sie soll im nächsten Jahre auf 200.000 Tonnen gesteigert werden. Die chemische Industrie, die diesen Stickstoffdünger herstellt, ist heute der am meisten vertraute Industriezweig Deutschlands. Die gemischten Werte haben zum Zwecke der Stickstoffdüngererzeugung eine Interessengemeinschaft mit 500 Millionen Aktienkapital gegründet. Diese Industrie im Bunde mit dem Kalisyndikat sozialisiert, wird das Reich mit einem Schlag in den Stand setzen, in den Besitz des künstlichen Düngers zu gelangen. Somit

würde sie die deutschen Landwirte vollständig in der Hand haben. Wir sehen also, daß auf allen Gebieten nur ein energisches Zutreten notwendig ist und die Ernährungsfrage in Deutschland ist seinen schlimmsten Begleiterscheinungen entkleidet.

Die Schweinemast hat noch eine andere sehr bedenkliche Seite. Bekanntlich ist das Schwein der Konkurrenzkonsument des Menschen, das heißt, das Schweinefutter, namentlich das der Mastschweine, besteht zum größten Teil aus Menschennahrung. Fünf bis sechs Pfund Gerstenschrot geben ungefähr ein Pfund Schweinefleisch. In Nr. 599 des „Vorwärts“ schreibt ein Sachkenner über dieses Thema einen äußerst instruktiven Artikel. Danach haben wir gegenwärtig einen Jahresumsatz von 14 Millionen Schweinen, die ungefähr 30 Millionen Zentner Schweinefleisch ergeben. Diese Menge Schweinefleisch zu erzeugen erfordert, neben anderem Futter, 90 Millionen Zentner Getreide und 300 Millionen Zentner Kartoffeln. Diese Angaben des Mitarbeiters am Vorwärts sind eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Trotzdem Deutschland einen Jahresumsatz von 14 Millionen Schweinen hat und somit auf je 4 1/2 deutsche Bewohner (das ist ungefähr eine Familie) ein Schwein oder auf jeden Deutschen ein halber Zentner Schweinefleisch entfällt, kommt die über große Mehrzahl der deutschen Bevölkerung selten in die Lage, Schweinefleisch essen zu können. Somit werden die Schweine nur für die Reichen und die Selbstschlachtenden gemästet. Könnten die 90 Millionen Zentner Getreide und die 300 Millionen Zentner Kartoffeln der Bevölkerung zugeführt werden, so würden sich die Nationen in diesen Produkten fast verdoppeln lassen.

Nun muß aber, um die Ernährung der Bevölkerung auf das Mindestmaß sicherzustellen, der Fehlbetrag (wir haben oben mitgeteilt im Betrage von 9 Milliarden Mk.) unbedingt vom Ausland eingeführt werden, wozu das Reich einen namhaften Zuschuß leisten muß. Die Schuldenlast des Reiches wächst dadurch ungeheuer und letzten Endes brückt diese Verschuldung am meisten den Armen, weil dadurch der Reallohn immer tiefer sinkt. Auch muß ja, direkt oder indirekt, die große Masse des Volkes als letzter Konsument doch alles bezahlen, sei es durch höhere Preise oder durch direkte oder indirekte Steuern. So ist heute in Deutschland die Tatsache zu verzeichnen, daß die große Masse des Volkes dafür bluten muß, daß die Reichen und Selbstschlachtenden sich den Luxus von Schweinefleisch leisten können. Das deutsche Schwein kürzt dem Arbeiter die Brot- und Kartoffelration und überdies wird er noch dafür im großen Maßstabe zur Barbezahlung herangezogen. Ein wunderbarer Zustand unserer Ernährungswirtschaft! Der Meinung des Vorwärtsmitarbeiters, die Mastschweine abzuschaffen und dafür Jungschweine in größerer Zahl anzuschaffen und dieselben im Gewicht von 1 1/2 Zentner abzuschlachten, ist durchaus beizutreten.

Die Ernährungsverhältnisse Deutschlands sind also sehr trübe. Die Preise werden immer höher. In immer größerem Maße vollzieht sich der Prozeß, daß die arbeitende Bevölkerung verarmt, dieweil die Landwirtschaft immer reicher und reicher wird. Wir haben in dieser Zeitung immer von Standpunkt vertreten, daß es an der Zeit ist, mit dem Abbau der Lebensmittelpreise zu beginnen, als Anfangspunkt einer allgemeinen Preisberabsetzung. Nun erklärt der Reichsernährungsminister im Reichstag: Leider kann der Preisabbau nicht beginnen, ihm muß die allgemeine Gesundung der Wirtschaft vora gehen. Erstaunt müssen wir fragen: wo dann der Preisabbau begonnen werden soll? Nach unserer Meinung und dies ist auch die Ansicht aller Volkswirtschaftler, soweit sie nicht Interessenten sind, kann die Preislenkung am ersten und im fühlbaren Maße nur bei der Produktion der Lebensmittel, der Rohstoffe und der Rohstoffproduktion und des Lebensmittels.

Im Gegensatz zum Reichsernährungsminister ist die Arbeiterschaft der Meinung, daß eine Senkung der Lebensmittelpreise das erste ist, was erfolgen muß. Wir wiederholen deshalb unsere Forderung: Ferner mit den Preisen für Lebensmittel! Erst wenn dies der Fall ist, kann eine Gesundung des Wirtschaftslebens einsetzen.

Die Protestresolutionen

Wieder einmal werden Protestresolutionen fabriziert und bei jeder passenden oder misspassenden Gelegenheit versucht, dieselben an den Mann zu bringen. Proteste gegen die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung. Die bis jetzt vorliegenden „Protestresolutionen“ stehen merkwürdig von den bisher üblichen Formen ab. Einmal durch die Oberflächlichkeit, mit der kritisiert wird, und zum andern durch die systematische Verdrehung der Tatsachen. Ein Grund für die Reaktion, um anzunehmen, daß die Protestler ihrer Argumente nicht sicher sind.

Als Begleiterscheinung der Proteste stellen sich natürlich die tapferen, anonymen Schreiben mit lieblich kuffendem Inhalt ein. Derartige Sachen werden liebevoll vom Papierkorb aufgenommen. Protestartikel werden gefunden und verlangt, sie in die Zeitung aufzunehmen. Auffallenderweise sind sie von Personen verfaßt, die nicht einmal über unsere Verbandsverhältnisse informiert sind. Kein Mitgliedschaftsnachweis ist beigegeben und die Schriftleitung ist nicht in der Lage, festzustellen, ob die Einsender Verbandskollegen sind. Die Kollegen der Verbandsstelle Eisenach protestieren gegen die Schreibweise. Ihr Protest enthält folgenden beziehenden Satz: „Trotz der in jeder Nummer versicherten Neutralität werden gleichzeitig die Kommunisten als Gewerkschaftsgegner hingestellt, abgleich dieselben nur die vom Vorstand geforderte

Revolutionierung der Gewerkschaften durchzuführen wollen.“ Das ist reichlich naiv. Die Schriftleitung ist sich nicht bewußt, „Neutralität“ gepredigt zu haben. Die Verbandsleitung und mit ihr die Schriftleitung stehen auf dem Boden des Klassenkampfes. Der Klassenkampf ist ein politischer Kampf, mithin kann es keine politische Neutralität geben. Die Schriftleitung sieht in dem Gedanken der Arbeitgemeinschaft eine Gefährdung des Klassenkampfes, somit kann sie sich nicht gegen diesen Gedanken „neutral“ verhalten, sondern sie hat diesen Gedanken als schädlich für die Organisation zu bekämpfen. Das gleiche trifft auf die von der kommunistischen Internationalen verlangte Taktik in den Gewerkschaften zu. Wir sehen in dem Borgehen der Kommunisten eine Gefahr für die Geschlossenheit der Organisation, es ist unsere ethische Überzeugung, daß dieser Taktik mit eiserner Logik die Spaltung folgen muß. Gegenüber dieser Taktik uns neutral zu verhalten, würde gleichbedeutend mit bewußter Schädigung von Verbandsinteressen sein. Diese Schuld kann die Schriftleitung nicht auf sich nehmen, sie hat die Pflicht, diese gepredigte Taktik zu bekämpfen. Die Behauptung, der Vorstand fordere eine derartige Revolutionierung, ist etwas sehr lächerlich. Bemerkenswert ist an dieser Resolution, daß die Resolution zu einer Zeit angenommen wurde, wo noch gar nicht die Nr. 45 der M.-Z. in den Händen aller Kollegen sein konnte.

Die Kollegen von Weimar protestieren gegen die Artikel in Nr. 44 und 45 der M.-Z. In diesen Artikeln würde in „unabhängiger und geistiger Weise die kommunistische Internationale bekämpft.“ Das hat

in Nr. 44 der M.-Z. gestanden? In Halle waren zwei Kassen, die in der niedersten Weise unterdrückende beschimpften und verurteilten. Jeder Teil der freien deutschen Gewerkschaft, die für eine geschlossene, selbständige Gewerkschaftsbewegung neben den sozialistischen, politischen Arbeiterparteien, nur verbunden durch den sozialen Gedanken des revolutionären, marxistischen Sozialismus, einzutreten und eine Unterordnung der Gewerkschaften unter eine bestimmte Parteiführung ablehnen, wurden dort als „Konterrevolutionäre“, „Veräufel“, „Agenten der Bourgeoisie“, ja selbst schlimmer als die weißgardistischen Wörberbeißer bezeichnet. Die M.-Z. brachte von dieser Tagung einen Bericht und bezeichnete diesen Kasser als einen „Vurscher“. Darob großes Hallo. Als Sozialisten forderten wir unter der wilhelminischen Epoche für die Soldaten bei Schindereien, Mißhandlungen und Beleidigungen das Recht der Rotwehre, der Soldat sollte als Mensch das Recht erhalten, begangene Ungehörigkeiten auf der Stelle zu erwidern. Heute verlangen Verbandskollegen von uns, wann zu stehen, die Hände an die Hofenmacht zu legen und uns eine Flut von Beleidigungen und Beschimpfungen ins Gesicht schleudern zu lassen, ohne auch nur zu mucken. Soweit ist es aber noch nicht gekommen. Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, uns zu verteidigen. Die Schärfe der Abwehr richtet sich nach der Schärfe des Angriffs. Solange ein Teil der Kollegen die Beschimpfungen und Beleidigungen der Sinowjew und Losowall als berechtigt anerkennt, werden sie schon dem beleidigten Teil die Verteidigung zugehen müssen. Daraus können auch Protestresolutionen nichts ändern.

Den Kollegen von Sulz, Chemnitz und Stuttgart hat es besonders der Artikel in Nr. 45: „Der Kampf beginnt“ angeht. Der Verfasser der Stuttgarter Resolution verleiht sich zu folgendem Satz: Der in Nr. 45 der Zeitung leitende P. H. (Redakteur Paul Haas) entbietet sich nicht, Mitglieder, die eine andere Auffassung vertreten, wie der jetzige Vorstand, als „Bundesgenossen bezahlter Unternehmensspitze“ zu bezeichnen. (Notabene! Die ersten Sätze dieser Resolution enthalten einen Protest gegen Beleidigungen.) Was hat in der W.-Z. gestanden? Es wurde festgestellt, daß der von Moskau verlangte Kampf bereits begonnen hat, von führenden Kommunisten ist er eröffnet worden. Sie führen den Kampf nach Lenin's Prinzipien mit Verbündigungen und Verleumdungen, dem was besagen List, Schlaue, legale Methoden und Verschweigen der Wahrheit an. Besonders verlangt und auch befohlen wird das „Entlarven“ der „konterrevolutionären Führer“. Die bezahlten Unternehmensspitze, die in der Jetztzeit besonders häufig anzutreffen sind, wurden doch in letzter Zeit auffallend viele erlirzt, betreiben ebenfalls die „Entlarvung“ der Gewerkschaftsführer. Als Beweils diene folgende, der „Deutschen Zeitung“ entnommene Notiz: „... Der Deutsche Metallarbeiter-Verband möge dem Mund nicht so voll nehmen. Es gibt in Deutschland nichts Sozialistischeres, als eben diese Bürokratie im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Im Kriege erklärte die preussische Regierung: „Wir müssen siegen, jetzt wiederholt die Bürokratie im Deutschen Metallarbeiter-Verband diese einst so heftig angefeindeten Worte. Eine verblüffende Übereinstimmung.“ Unterzeichnet ist dieses Machwerk von: „Einige zwangsorganisierte Metallarbeiter.“ Ohne allen Zweifel ist diese Subdel bezahlte Spitze, um die Verbandskollegen gegen die führenden Personen, die „Bürokratie“, aufzuklären zu tun und Fremden der Unternehmer. Die kommunistischen Agitatoren müssen nun auf Geheiß ebenfalls die „Bürokratie“, „Brandmarke“, da sachliche Argumente fehlen, geschieht es durch allgemeine Redensarten. So kommt es, daß die kommunistischen Agitatoren und die bezahlten Unternehmensspitze das gleiche tun, ein jeder für seine besonderen Zwecke. Die aber von der „Entlarvung“ und „Brandmarke“ Betroffenen sind oft nicht in der Lage, zu unterscheiden, mit wem sie es bei der Arbeit zu tun haben. Auf diese Erscheinung wurde in dem bearbeiteten Artikel hingewiesen. Nun wird von den Verfassern der Resolutionen eine Konstitution zurecht gemacht, die den Anschein erweckt, als würden die Anhänger der III. Internationale mit den bezahlten Unternehmensspitzen auf eine Stufe gestellt. Kein objektiv urteilender Kollege, der diesen Artikel gelesen hat, wird die Kombinationen der Verfasser dieser Resolutionen verstehen können. Aber: „It's auch Unfug, so hat es doch Methode“, etwas bleibt schon hängen, und warum solch herrliche Agitationsgelegenheit unbenutzt lassen? Die Wahrheit wird sich Bahn brechen, davon sind wir felsenfest überzeugt.

Die allgemeinen Redensarten, wie sie in den fünf Resolutionen immer wiederkehren, erzeugen bei uns den Eindruck: den Verfassern paßt die „ganze Richtung“ nicht. Bei dieser Sachlage können wir allerdings den betreffenden Kollegen nicht helfen. Die heutige Verbandsleitung hat vom letzten Verbandstag Mandat und Richtung empfangen und hat in diesem Sinne zu wirken. Daran können Mode gewordene Weltweisheiten nichts ändern. Die Schriftleitung.

Ein Aufruf der Stuttgarter Ortsverwaltung

des D. M. B. wendet sich an den Vorstand, die Verbandskollegen und Gewerkschaftsmitglieder Deutschlands, dessen Kern folgendes enthält: Die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörenden Mitglieder der Verwaltungsgesellschaft Stuttgart und Umgebung fordern vom Vorstand ihres Verbandes, daß er sofort an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herantritt und die Einleitung einer Angriffskampagne zur Verbesserung der Lage der Arbeiter mit folgenden Forderungen einleitet:

1. Gegen den Anstieg und für die Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände.
2. Für die Aufnahme der vollen Produktion und Anpassung der Erwerbslosenunterstützung an die Bedürfnisse der in Arbeit Stehenden auf Kosten der Arbeitgeber.
3. Für die Beseitigung des Steuerabzuges, der Eingliederung der Arbeitslosen und großen Vermögenden.
4. Für die Kontrolle der Rohstoffgewinnung der Betriebe, der Lebensmittelgewinnung und -verteilung durch Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften.
5. Entwaffnung der Orgel und Bewaffnung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften.

Diesen Forderungen vorausgehend, sagt der Aufruf u. a.: Die Forderungen der 9 Millionen freier Gewerkschaftsmitglieder haben es in der Hand, eine Änderung zu schaffen. Ein Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die ihn durch die Zentralverbände angeführten Mitglieder, durch zusammengefaßten Kampf aller Kräfte der weiteren Verleumdung und Unterdrückung der Arbeiterschaft entgegenzuwirken, bleibt als einziger Ausweg offen, Regierung und Unternehmertum zu zwingen, der großen Notlage der Arbeitslosen und noch im Betrieb stehenden Arbeiter abzuhelfen.

Ehe noch der Vorstand die Möglichkeit hatte, sich mit dem Aufruf befassen zu können, bevor noch der Stuttgarter Mitgliedschaft dieser Aufruf unterbreitet worden, prangte derselbe bereits im Zentralorgan der R. M. B., der „Roten Fahne“, lassen wir bereits dort wie in anderen kommunistischen Organen die höchsten Bemerkungen: „Was wird die Gewerkschaftsbürokratie

dazu sagen?“ und andere freundliche Bemerkungen mehr. An dem gleichen Tage, an dem die Stuttgarter Mitgliedschaft erstmalig eine Aussprache über den Aufruf pflegen konnte, verteilte die „Rote Fahne“ bereits zum fünfschweren Male gegen die verurteilte Gewerkschaftsbürokratie. Hier einige Stillblüten aus ihrer Nummer vom 4. Dezember d. J. (am Tag der Stuttgarter Generalversammlung):

Die Gewerkschaftsbürokratie schweigt. Die Gewerkschaftsbürokratie aller Schattierungen, die sich in Amsterdam so radikal gebürdet, als es galt, Resolutionen zu fassen, sie schweigt jetzt, da die Stuttgarter Metallarbeiter sie auffordern, die Massen zum Kampf zu führen gegen die Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Konterrevolution.

Alle radikalen Helben der Amsterdamer Brüderlichkeit schweigen. Niemand aus dieser Gesellschaft hat irgendwo zu dem Aufruf der Stuttgarter Metallarbeiter Stellung genommen... Was tut Dikmann, der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes?... Sie (die U. S. V. Red.) zeigen, daß ihre einzige Parole die ist, den Kampf zu vermeiden, die Vereinbarung mit der Bourgeoisie zu suchen.

Die Arbeiterschaft darf sich durch das Schweigen der Gewerkschaftsbürokratie nicht beruhigen lassen. Sie muß sie zwingen, Farbe zu bekennen, und über sie hinwegschreiten, wenn sie den Kampf der Massen offen verrät.

Hätte es noch irgendwo eines Beweises dafür bedurft, was der ganze Zweck der Übung ist, dann hätte ihn die Rote Fahne mit ihrem Geschrei längst ertrotzt. Wir wollen mit ihr nicht polemisieren. Es ist ihr Beruf, Tag für Tag ihre Kräfte auf die „gelben Gewerkschaften“, reaktionären Gewerkschaftsführer, auf die „Bundesgenossen von Stinnes“ usw. zu entleeren. Dies Klappern gehört zu ihrem Handwerk. Doch wenden wir uns unbekümmert darum dem sachlichen Teil der 5 Forderungen der Stuttgarter Aufrufes zu. Sichtlich erfordern die darin aufgeworfenen Fragen nicht nur unsere volle Beachtung, sondern auch die Anspannung aller unserer Kräfte, um dadurch eine günstige Einwirkung auf die Verhältnisse der Arbeiter zu erzielen. Das ist auch bisher geschehen. Weder der Vorstand des D. M. B., noch der A. D. B. haben es an Bemühungen dieserhalb fehlen lassen. Die unter 1 bis 5 genannten Forderungen sind allerdings nicht gleicher Natur. Da ist zunächst Forderung 1. Wir bekämpfen jeden Mörder. Bei Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände wissen wir, daß hier neben vielem anderen in erster Linie eine Herabsetzung der Preise für Rohstoffe der erzeugenden Produkte erfolgen muß. Dazu gehören Eisen und Kohle, Düngemittel, landwirtschaftliche Produkte usw. Was aber erwidern wir da? Der D. M. B. schädigt seine Vertreter in den Eisenwirtschaftskreisen, die dort mit aller Schärfe und mit Erfolg den Kampf für eine Herabsetzung der Eisenpreise aufgenommen haben. Anstatt nun diesen Kampf zu begründen, werden sie von der gleichen Seite, die die Stuttgarter Forderungen propagiert, als „Arbeitsgenossenschaftler“, als „Arbeiterverräter“ u. a. beschimpft. Wie es halt trifft. Nun rief man kürzlich an anderer Stelle: „Ja, die Eisenpreise sind zwar reguliert worden, aber wir merken nichts davon.“ So reden, wollen allerdings bedenken, daß bei der Barentenerung noch eine Reihe anderer Faktoren mitsprechen, nicht nur die Eisenpreise. Dazu kommt, daß die Barentenerung keine nationale, sondern eine internationale Erscheinung ist.

Forderung 2. Waren wir wirklich seither untätig auf dem Gebiet der Erwerbslosenunterstützung? Das wird ernsthaft niemand behaupten können. Sowohl die Organisation wie Kollege Dikmann als Beauftragter seiner Fraktion im besonderen haben sich mit Erfolg um eine bessere Unterbringung der Arbeitslosen, um die Forderung der produktiven Erwerbslosenunterstützung u. a. bemüht. Wenn nicht alle berechtigten Forderungen durchgesetzt werden könnten, so wahrlich nicht durch ihre Schuld. Die unter 2 und 4 genannten Forderungen einer „Aufnahme der vollen Produktion“, „Kontrolle der Rohstoff- und Lebensmittelgewinnung“ usw. werden von uns, soweit letzteres in Frage kommt, in der Forderung der Produktionskontrolle in weit umfassenderer Form propagiert (siehe auch die Beschlüsse des 1. Reichsbetriebsrätekongresses). Doch wissen die Stuttgarter Ortsverwaltung und die ihr nahestehenden Kreise nicht, daß die volle Durchführung der Produktionskontrolle den Besitz der politischen und wirtschaftlichen Macht bedingt. Das gilt in gleichem Sinne von der „Aufnahme der vollen Produktion“. Als Sozialisten sollten sie dies doch eigentlich erkennen.

Die Forderungen 3 und 5 sind ebenfalls von den jeweiligen Nachbarverhältnissen zu trennen. Wer wollte zum Beispiel jetzt einreden für eine gerechte Besteuerung? Haben wir uns etwa nicht um die Beseitigung des brutalen Steuerabzuges von 10 Prozent bemüht? Eine andere Frage war allerdings die, ob unsere Macht ausreichte, um diesen Steuerabzug zu verhindern. Eine kleine Probe dieserhalb hat ja Stuttgart gemacht. Wenn nachträglich wieder einmal alle Schuld auf das Versagen der „Instanzen“ abgewälzt werden würde, so können wir diese billige Ausrede nachgerade zur Genüge hin. Richtig. Die gleiche Forderung erheben wir immer wieder erneut. Gegenüber der Forderung einer Bewaffnung der Arbeiter scheint unsere Stuttgarter Ortsverwaltung allerdings die harten Bedingungen des Versailler Friedensvertrages, das Spaer Abkommen und den steten Druck der Entente in der Entwaffnungsfrage vergessen zu haben. Oder sind unsere Stuttgarter Kollegen der Ansicht, daß man diese Faktoren einfach ignorieren kann?

Eine sachliche Prüfung der sogenannten „Stuttgarter Forderungen“ zeigt uns, daß ein Teil der darin aufgeworfenen Fragen sogar willkürlich verfaßt und wir tun das, um die Forderung, die Unempfindlichkeit des Körpers den ausführenden Schmarotzern gegenüber zu erhöhen. Niemand kann heute noch an der Existenz des Diphtherieantitoxins zweifeln, des Gegengiftes, das wir künstlich im Tier, etwa dem Pferd, herstellen und dazu benutzen, die giftigen Stoffwechselprodukte der Diphtheriebazillen, die Diphtherietoxine, unschädlich zu machen. Niemand zweifelt heute daran, daß im Hute des Lyphus-hautes spezifische Schutzstoffe gebildet werden, Immunkörper, die lebende Lyphusbazillen — wir können das leicht im Reagenzglas nachprüfen — zu unbedenklichen Güssen zusammenhalten. Aber nur diese Bazillen, allen anderen gegenüber verhalten sich die Schutzstoffe des Lyphushautes gleichgültig. Derartige Schutzvorgänge des Körpers haben wir im Laufe der letzten Jahre noch viele kennen gelernt. Aber leider — wir wissen es alle nur zu genau — reichen sie oft genug zum Schutz des angrenzenden Organismus nicht aus. Darum bemühen sich die Forscher seit langen Jahren, die Immunität des Körpers zu erhöhen, seine natürlichen Schutzvorgänge so zu verstärken, daß sie allen Angriffen der körpereigenen Bakterien gewachsen sind. Zu dieser Reihe ist das auch der schwarze Roden gegenüber gelangt. Einer der größten Biologen der lebenden Zeit, der englische Landarzt Edward Jenner, hat durch Einführung der Pockenimpfung schon vor mehr als hundert Jahren, ohne genaue Kenntnis der feineren Immunitätsvorgänge, das wir heute aller Schutzvorgänge gefunden.

Wir können zu dem weißen Blutförperchen, den Schutzkörperchen des Zellensaates, zum Eosinophiloff hat sich auf ihre Bedeutung für die Verteidigung des Organismus aufmerksam gemacht und sie als Phagozyten, d. h. Fresszellen, bezeichnet. Sie fressen alles, was ihnen in den Weg kommt, das dem gebildeten Organismus schadet, und suchen ihn zu verschlingen; wenn es geht, mit Gift und Säure. Reichlich hat es an mikroskopischen Präparaten einwandfrei nachgewiesen, daß die Phagozyten die Krankheitserreger in ihrem Leib anfassen. Hier werden sie mittels besonderer Fermente abgetötet und für den Körper des Wirts unschädlich gemacht.

Freilich lassen sich auch die Bazillen nicht ohne weiteres verschlingen; der Selbstschuttschleim ist ihnen wie allen anderen Lebewesen anhaften. Siedet Parasiten, zum Beispiel die Streptokokken, die Pneumokokken, die Tuberkulosebakterien, erzeugen auch überlebensfähige Sporen, die die Bakterien, die Phagozyten, vom Tode zu halten.

Freilich lassen sich auch die Bazillen nicht ohne weiteres verschlingen; der Selbstschuttschleim ist ihnen wie allen anderen Lebewesen anhaften. Siedet Parasiten, zum Beispiel die Streptokokken, die Pneumokokken, die Tuberkulosebakterien, erzeugen auch überlebensfähige Sporen, die die Bakterien, die Phagozyten, vom Tode zu halten.

auch bisher unsere volle Beachtung gefunden hat, im übrigen aber bei Niederschreiben der fünf Forderungen die gegenwärtigen Nachbarverhältnisse allgemein beachtet wurden. Die Stuttgarter Ortsverwaltung macht sich die Sache furchtbar leicht und sagt: „Die Instanzen haben es in der Hand, eine Änderung zu schaffen.“ Zunächst sagten wir uns: „Donnerwetter, seit wann denn eine solch hohe Meinung von den sonst so verschrieenen Instanzen?“ Doch sehr bald war der Hohnbesuch erkennbar. Der Stuttgarter Bevollmächtigte tat noch ein überiges, indem er dem Aufruf eine „Begründung“ in den „Roten Mitteln“ an die Mitglieder des D. M. B., Verwaltungsstelle Stuttgart und Umgegend“ mit auf den Weg gab. Und darin heißt es unter anderem:

Wer mag weiter zu behaupten, daß diese Forderungen nicht in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften gehören? Sage von den sogenannten Führern keiner, die Arbeiterschaft sei noch nicht so weit, um einen derartigen Kampf zu führen. Diejenigen, die derartige Schwächen, sind selbst nicht zeh für die heute notwendigen Aufgaben. Das Verberliche ihres Verhaltens liegt darin, daß sie versuchen, die eigene Unreife und Unfähigkeit hinter den Massen zu verbergen. ... Auch du, Hauptvorstand, höre auf den tausendstimmigen Ruf der Verbandskollegen, betrachte den inneren Drang bei jedem einzelnen deutschen Arbeiter, der täglich murrend und die Faust ballt: „Es muß anders werden“ durch eine Tat! Worte sind genug verlorren. Und ihr Kollegen in den Betrieben, wacht und arbeitet, daß es zur Tat komme, wenn nicht mit, dann gegen die Instanzen.

So „arbeitet“ man unter Verbandskollegen nach bestimmter Methode. Wir sind allerdings der Ansicht: war es der Stuttgarter Ortsverwaltung darum zu tun, im Interesse des Verbandes und für die Arbeiterschaft das Beste anzugehen und zu erreichen, dann stand ihr zunächst der gegebene und naheliegende Weg offen, mit dem Vorstand in Verbindung zu treten und zu beraten über den einzuschlagenden Weg, den zu führenden Kampf und die Auslösung der Kräfte des Proletariats unter Beachtung der gegenwärtigen Krise, der Machtverhältnisse des Proletariats und seiner Gegner.

So bereitet das organisierte Proletariat seine Kämpfe vor und nicht durch vorzeitiges, lautes Geschrei und auf den Markt tragen, wie es im vorliegenden Falle — und dazu in dieser Form — geschehen ist. Damit dient man weder den Interessen der Arbeiterschaft noch der Organisation.

„Ich klage mich an“

Unter dieser Epithete nahmen Wäiter der verschiedensten Couleur Bezug auf eine Auserung, die ich am 25. September d. J. in einer Metallarbeiterversammlung in Essen machte. Wer im öffentlichen Leben steht, muß mancherlei mit in den Kauf nehmen. Ich liebe es nicht, Verächtigungen gegenüber entstellten Tatsachen, unwarren Behauptungen usw. anzuhören. Da hätte ich viel zu tun. Dazu fehlen mir Lust und Zeit, drum lasse ich jedem sein „Bergnügen“. Diesmal komme ich jedoch dem Wunsch von Kollegen nach und stelle fest, was ich in Essen gesagt und was man daraus machte.

In meiner Essener Rede beschäftigte ich mich u. a. mit volkswirtschaftlichen Fragen, behandelte die zwingende Umstellung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische und hob dabei mit Nachdruck hervor, daß sich das Proletariat weit mehr wie bisher mit den Wirtschaftsfragen betraut machen müsse. Dabei betonte ich, daß in der Vergangenheit leider alle politischen Parteien und ihre Organe (S. P. D., U. S. V. wie R. P. D.) auf diesem Gebiet viel zu wenig getan hätten. Dabei fiel aus der Versammlung der Zuruf: „Auch ihr!“, worauf ich erwiderte:

„Ja, das gebe ich zu, ich klage mich selbst wie alle politischen Parteien an, daß wir früher die politische Seite zu sehr in den Vordergrund stellten und die wirtschaftliche Seite zu wenig beachteten. Wir müssen jedoch der Arbeiterschaft auch wirtschaftliche Kenntnisse beibringen, wenn wir den Sozialismus verwirklichen wollen usw.“

Die Essener Arbeiter-Zeitung (A. S.) sagt darüber: „Ich klage mich und alle politischen Parteien an, daß wir früher nur politisch geredet haben und allzu wenig wirtschaftliche Kenntnisse in die Köpfe der Arbeiterschaft einbrachten. Deshalb müssen wir endlich offen aussprechen, was ist: es gilt, die Arbeiterschaft wirtschaftlich zu schulen usw.“

Dies die Stellen im Versammlungsbericht. Die Randbemerkungen, die die U. S. V. zu dieser Versammlung machte, schenke ich ihr. Der Verfasser kann nicht aus seiner Haut heraus.

Aus dem Zusammenhang des 2/3 Spalten langen Versammlungsberichtes herausgerissen, fiele nun diverse Wäiter über die von mir zitierten Stellen her, um in die Welt hinauszuposaunen, ich habe „eine Anlagerecke gegen mich selbst“ gehalten. So verfahren u. a. auch unsere ehulichen Brüder in Christo (christliches Metallarbeiterorgan) und so schließlich am 21. November d. J. der rechtssozialistische Landtagsabgeordnete Goldt (Berlin) in einer Versammlung in Ohlig. Dort sagte Goldt nach einem Bericht des Solinger Volksblattes folgendes:

„In Essen hat W. H. Dikmann, der Führer der Metallarbeiter, erklärt: Ich klage mich und viele meiner Genossen an, die Arbeiterschaft mit falschen Tatsachen hinter das Licht geführt zu haben.“

So wird's gemacht. Es genügt, solche Methoden niedriger zu hängen. Die Kollegen wissen, was sie davon zu halten haben.

Kob. Dikmann.

Die Organisation des Zellensaates

Von Dr. Georg Wolff.

II. Die Schutzvorrichtungen des Zellensaates.

Es ist kein Wunder, daß einem so komplizierten Organismus wie dem menschlichen Körper von vielen Seiten Gefahren drohen und daß umfangreiche Schutzmaßnahmen zu ihrer Verhütung erforderlich sind. Bei weitem die größten Gefahren des menschlichen Lebens sind die zahlreichen parasitären Eindringlinge, Bakterien und andere Schmarotzer, die auf die verschiedenste Weise in den Zellverbund des Körpers gelangen und durch Abgabe giftiger Stoffwechselprodukte dessen Leben gefährden. Natürlich fehlt bei der Organisation des Zellensaates zur Verhütung dieser Gefahren keine Schutzvorrichtung. Die weißen Blutzkörperchen, die überall anwesend, so etwas Fremdartiges in den Körper gelangt. Bei vielen Infektionskrankheiten sind sie erheblich vermehrt, werden aus ihren Quartieren in den Blutgefäßen vertrieben und gegen die feinen Eindringlinge, die millionenfach den Körper überziehen, getrieben. Ist genug unterliegen die weißen Blutzkörperchen, so besagen sie auch die mit ihnen Sines des Zellverbundes beherrschenden Parasiten.

Eines Reichthums hat an nachfolgenden auf die Bedeutung der weißen Blutzkörperchen hingewiesen. Ein anderer Immunitätsforscher, der Engländer Wright, hat ebenfalls die Wichtigkeit der weißen Körperchen für die Verteidigung des Organismus durch große Experimente zu erweisen versucht. Nach seiner Ansicht werden sie durch gewisse Schutzstoffe, die im Blutzserum gelöst sind, in ihrer Arbeit unterstützt.

So wehren sich in unserer Zeit die Ansichten derer, die in den weißen Blutzkörperchen eine der wichtigsten Schutzvorrichtungen des lebenden Organismus erblicken. Freilich vermag der Körper auch über andere Verteidigungsmittel. Da haben wir Stoffe, die die Bakterien tödlich wirken lassen. Das sind die Antitoxine, oder andere Stoffe, die die Bazillen zu Schlingen veranlassen, zusammenhalten. Das sind die Agglutinine. Oder noch andere, die den Bakterien abtöten, die Bakterienlyse. Oder schließlich solche, die die Bakterien zum Liebesmahl der weißen Blutzkörperchen machen, das sind die Opsonine.

Jetzt treten die Opsonine in Kraft, um gemeinsam mit den weißen Blutzkörperchen die ungeliebten Gäste zu vertilgen.

Der englische Immunitätsforscher Wright ist der Entdecker dieser hypothetischen Gebilde. Er hat damit die Anschauung Reichnitsch, daß die Phagozyten den Hauptzweck des Körpers parasitären Eindringlingen gegenüber bildet, wesentlich unterstützt. Wichtig konnte im mikroskopischen Bilde zeigen, und auf Grund ähnlicher Überlegungen auch Reufeld, daß unter besonderen Umständen die Zahl der in den weißen Blutzkörperchen eingeschlossenen Bakterien gegenüber der Norm erheblich erhöht, in anderen Fällen verringert ist. Man führt das auf einen Überschuß bzw. einen Mangel an Opsoninen zurück.

Freilich sind erdachte Versuche haben nun ergeben, daß diese Stoffe, die wie alle anderen Immunkörper im Blutzserum gelöst sind, nicht auf die weißen Blutzkörperchen, sondern nur auf die Bakterien wirken. Sie machen nicht die Phagozyten zu größerer Tätigkeit an, vermehren nicht ihren Appetit; sie schwächen vielmehr die Parasiten und bereiten sie dadurch zum Liebesmahl der Vaterlandsverteidiger vor. Daher haben sie ihren Namen vom lateinischen „opsono“ (ich bereite zum Essen vor).

Die weißen Blutzkörperchen verlassen sogar ihren sicheren Standort, das Blutgefäßsystem, um den außerhalb liegenden Feind anzugreifen. Der Pathologe Ehnheim, einer von Virchow's größten Schülern, hat diese Fähigkeit der weißen Blutzkörperchen entdeckt. Er hat gezeigt, daß sie imstande sind, auf gewisse Reize hin aus den feinen Blutgefäßkapillaren auszuwandern und sich aktiv an den Ort, von dem die Schädigung ausgeht, zu begeben. Dadurch wurde bewiesen, daß auch die Eiterzellen, die sich zahllos in jedem eitrigen Entzündungsherd finden, nichts anderes als ausgewanderte weiße Blutzkörperchen sind.

Entsprechend ihrer vielfältigen Tätigkeit sind sie auch mannigfaltig ausgerüstet. Sie sind fast die einzigen Zellen des Körpers, die sich selbständig fortbewegen, nach dem Ort ihrer Wahl auswandern können. Das ist für den Überwachungsdienst im Zellensaate unbedingt erforderlich. Sie sind auch viel feiner organisiert als etwa die roten Blutzkörperchen — die das Logis mit ihnen teilen, die ihnen an Zahl weit überlegen sind, in ihrer Entwicklung aber nicht an sie heranreichen. Die roten Blutzkörperchen sind die proletarische Klasse, die die Arbeit, und zwar die sehr wichtige Funktion der Sauerstoffübertragung zu leisten hat und aus lauter gleichgeschalteten Einzelindividuen besteht; die weißen Blutzkörperchen sind die Führer, die sich nach Aussehen und Farbe sehr wesentlich voneinander unter-

Reichskonferenz der Elektromonteur und Elektroindustrie

Die Konferenz fand im September in Erfurt statt. Vertreten waren 26 Delegierte der Elektromonteur und 26 Delegierte der Elektroindustrie.

- 1. Unser Verhältnis zu den Unternehmerorganisationen der Elektroinstallationsbranche;
2. Lehrlings- und Ausbildungsfragen;
3. Organisations- und Agitationsfragen;
4. Sonstige Anträge.

Zu Punkt 1 führt D i s m a n n einleitend aus: Das Bedürfnis, zu einer Reichskonferenz zusammenzukommen, ist schon lange vorhanden. Der Hauptvorstand ist der Meinung, dass Industriegruppen aufeinander geschlossen werden müssen, um nicht im großen Rahmen einzelner Berufsgruppen unterzugehen.

In der ausgiebigen Diskussion wird das Für und Wider des Reichstages gründlich erörtert, ebenfalls die Monteur-, Hilfsmonteur- und Helferfrage. D i s m a n n ist der Meinung, dass die Bezahlung von Auslösung einheitlicher zu regeln.

Zu „Organisations- und Agitationsfragen“ führt D i s m a n n aus: Jede Verwaltung sollte eine Branche der Elektromonteur und der in der Elektroindustrie Beschäftigten bilden.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, dass die Elektromonteur bisher nicht genügend beachtet wurden. Die Organisation hat Fortschritte gemacht. Die Kollegen sollen aber nicht alles vom Hauptvorstand erwarten.

Zur Wahrung der besonderen Berufsinteressen wird an jedem Ort, dem Bedürfnis entsprechend, eine Branche der Elektromonteur

mit einer Branchenleitung und Vertrauensleuten zur Abhaltung besonderer Versammlungen gebildet.

Die Bearbeitung der besonderen Berufs- und Industrieangelegenheiten erfolgt bezüglich durch die Bezirksleitungen, zentral durch das Hauptbüro des Vorstandes.

Für jeden Bezirk wird für die Elektroindustrie und Elektromonteur je ein Mitglied für den Bezirksbeirat gewählt, ebenso erhalten die Elektroindustrie und die Elektromonteur je einen Vertreter im Reichsbeirat.

Sind in einzelnen Bezirken oder für das Reich besondere Berufs- bezw. Industriefragen zu besprechen, so sind von der Bezirksleitung bezw. dem Hauptvorstand aus 3 bis 5 Orten bezw. 3 bis 5 Bezirken Vertreter unseres Berufs bezw. Industriezweiges zur gemeinsamen Beratung heranzuziehen.

Durch die Annahme dieser Entschliessung fanden die übrigen Anträge ihre Erledigung.

Einige Anträge wurden den Orten und Bezirken zur Erledigung überwiesen.

Der Punkt 2 der Tagesordnung (Lehrlingsfragen) wurde der gemeinsamen Tagung überwiesen. Es wurde noch besonders hervorgehoben, dass das sogenannte Pflückerum energisch bekämpft werden müsse.

Zweiter Verhandlungstag. Gemeinsame Tagung der Elektromonteur und der Delegierten der Elektroindustrie.

Kollege D i s m a n n behandelt Punkt 1 in einem eingehenden Referat: Die Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages sind die Richtschnur unseres Handelns. Der letzte Verbandstag hat in seinen Beschlüssen zum Ausdruck gebracht, dass der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ein sozialistischer sein muss.

Die Arbeitsgemeinschaft lehnen wir ab. Völlig falsch ist es, wenn uns in neuerer Zeit durch unsere Tätigkeit im Eisenwirtschaftsbund von bestimmten Stellen angedeutet wird, damit beteiligten wir uns als Arbeitsgemeinschaftler.

Die Zusammenfassung der Betriebsräte geschieht innerhalb der Gewerkschaftsorganisation auf dem Boden der Richtlinien unseres Verbandes. Eine selbständige Organisation der Betriebsräte lehnen wir ab.

Den berechtigten Arbeiterforderungen steht ein geschlossener Block des Bürgertums zur Wahrung kapitalistischer Interessen gegenüber. Die Krise offenbart erneut die Krankheit unseres Wirtschaftskörpers. Eine Gesundung kann nur eintreten, wenn sich die Arbeiterklasse in geschlossener revolutionärer Kampffront zusammenschließt.

Die Zahl der vollbeschäftigten Betriebe und Arbeiter hat sich danach vermehrt, die der verlornt Arbeitenden vermindert. In den einzelnen Verbandsbezirken gestaltete sich die Beschäftigung wie folgt:

Die Zahl der vollbeschäftigten Betriebe und Arbeiter hat sich danach vermehrt, die der verlornt Arbeitenden vermindert. In den einzelnen Verbandsbezirken gestaltete sich die Beschäftigung wie folgt:

Die Zahl der vollbeschäftigten Betriebe und Arbeiter hat sich danach vermehrt, die der verlornt Arbeitenden vermindert. In den einzelnen Verbandsbezirken gestaltete sich die Beschäftigung wie folgt:

Die Zahl der vollbeschäftigten Betriebe und Arbeiter hat sich danach vermehrt, die der verlornt Arbeitenden vermindert. In den einzelnen Verbandsbezirken gestaltete sich die Beschäftigung wie folgt:

lassen Lehrlinge nachlernen müssen, nur um als Fachmann auftreten zu können. Auch die Gewerbeordnung muß gründlich studiert werden, das müssen die Betriebsräte mit auf dem Weg nehmen.

Rebner erläutert den Lehrvertrag und kritisiert, dass die Eltern jeden mangelhaften Lehrvertrag unterschreiben. Er weist auf den Hamburger Lehrvertrag hin, besonders auf die Anzahl der zu haltenden Lehrlinge. Die Höchstzahl darf 11 nicht überschreiten.

Die Diskussion findet nicht statt. Die Anträge und übrigen Fragen werden dem Hauptvorstand und Jugendsekretär überwiesen.

Dritter Verhandlungstag. Tagung der Elektroindustrie.

D i s m a n n (Stuttgart) gibt bekannt, dass die Elektromonteur am Schluss ihrer Verhandlungen zu dem Resultat gekommen sind, dass sie zur Elektroindustrie gehören. Eine engere Verbindung, ein Austausch der Erfahrungen, gemeinsame Besprechungen usw. bei den Kollegen der Großbetriebe in der Elektroindustrie ist zunächst durch die Arbeitsverhältnisse in der Elektroindustrie, geben noch kein vollständiges Bild.

In der Aussprache wird gewünscht, die Fragebogen noch einmal auszugeben und die Funktionen zu verpflichten, gewissenhaft zu beantworten. Es wird auf die schweren Gesundheitsgefahren bei der Herstellung von Gleichrichtern hingewiesen.

Im Schlusswort sagt Kollege D i s m a n n das Ergebnis der Aussprache zusammen: Dem Vorschlag, für besondere Aufgaben der Betriebsräte in den einzelnen Werken Kommissionen zu bilden, ist zuzustimmen.

Die Zusammenfassung der Betriebsräte geschieht innerhalb der Gewerkschaftsorganisation auf dem Boden der Richtlinien unseres Verbandes. Eine selbständige Organisation der Betriebsräte lehnen wir ab.

Die Zusammenfassung der Betriebsräte geschieht innerhalb der Gewerkschaftsorganisation auf dem Boden der Richtlinien unseres Verbandes. Eine selbständige Organisation der Betriebsräte lehnen wir ab.

Die Zusammenfassung der Betriebsräte geschieht innerhalb der Gewerkschaftsorganisation auf dem Boden der Richtlinien unseres Verbandes. Eine selbständige Organisation der Betriebsräte lehnen wir ab.

Die Arbeitslosigkeit in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

An der Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit in der Eisen- und Metallindustrie beteiligten sich in der Woche vom 14. bis 20. November 416 Orte. Diese berichteten über 15627 Betriebe mit 1271284 Beschäftigten.

Table with 4 columns: Betrieb, Arbeiter, Betriebe, Arbeiter. Rows for various regions like Wollbeschäftigt, Stillgelegt, Kurzarbeit.

Table with 4 columns: Betrieb, Arbeiter, Betriebe, Arbeiter. Rows for various regions like Aachen, Bielefeld, Braunschweig, etc.

